

Redaktioneller Teil

Neue Bücherwagen ab Leipzig.

Wir freuen uns, schon wieder eine Verbesserung des Bücherwagen-Verkehrs ab Leipzig bekanntgeben zu können.

1. nach Aachen.

Der bisher nur zweimal wöchentlich abgehende Bücherwagen läuft nunmehr dreimal wöchentlich, nämlich Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

2. nach Lübeck, Kiel, Rostock, Stettin.

Hier bietet sich tägliche Versandmöglichkeit, teils durch direkten Verkehr, teils durch Zuhilfenahme der Berliner Bücherwagen.

3. nach Görlitz

laufen von nun ab 2 Bücherwagen, am Dienstag und Freitag.

Nach allen Bücherwagen-Stationen können wie bisher Kleingüter von 5 Kilo ab zu den bekannten billigen Sätzen befördert werden.

Wir bitten unsere Geschäftsfreunde an den genannten Orten, diese Verbilligung und Verbesserung des Verkehrs mit Leipzig im Interesse der Ersparnis von Versandspesen weitgehend auszunutzen.

Leipzig, den 5. April 1933.

Verein Leipziger Kommissionäre.

Zur Wirtschaftslage.

Von Prof. Dr. G. Menz.

[Die Abwehraktion — Die Gleichschaltungsfrage — Jahresbericht der Reichsbank — Buchgewerbliches.]

Unter den für die Gestaltung der Wirtschaftslage wichtigen Vorgängen der letzten Wochen hat wohl nichts die allgemeine Aufmerksamkeit im In- und Ausland so stark auf sich gezogen wie die Abwehraktion gegen die im Ausland aufgetauchte Lügenpropaganda und Greuelheze gegen Deutschland. Der Umschwung seit Anfang des Jahres und die Machtergreifung durch die Regierung der nationalen Revolution war zunächst in der ganzen Welt durchaus ruhig aufgenommen worden. Mit Befriedigung konnte festgestellt werden, daß selbst die gegen Deutschland alles andere als wohlwollend eingestellten Organe im ehemals feindlichen Ausland weitgehendes Verständnis für die Entwicklung aufbrachten und, soweit das überhaupt in Frage kam, versuchten, dem neuen Deutschland gerecht zu werden. Tatsächlich vollzog sich auch die nationale Revolution so ruhig und legal, vor allem so unblutig und so ohne alle Zerstörungserzesse wie wohl noch nie eine andere sonst irgendwo. Wenn trotzdem erst im weiteren Verlauf im Ausland von ganz bestimmten Stellen aus plötzlich Versuche sichtbar wurden, die öffentliche Meinung durch Verbreitung von Unwahrheiten und entstellenden Übertreibungen in meist recht durchsichtiger Absicht gegen Deutschland einzunehmen, um ihm wirtschaftlich und kulturell zu schaden, so war es nur das gute Recht des deutschen Volkes, sich dagegen sofort energisch zu wehren, nachdem es durch den Weltkrieg und seinen Ausgang zur Genüge darüber belehrt worden war, welche Gefahr in einer solchen Greuelpropaganda liegt und wie tief vergiftend sie wirken kann, wenn man ihr nicht rechtzeitig begegnet. Der Erfolg der im übrigen ebenfalls in mustergültig disziplinierter Art durchgeführten Abwehr ist nicht ausgeblieben. Wie die »Deutsche All-

gemeine Zeitung« am 4. April zu melden wußte, hat nach einer Erklärung von zuständiger Seite auch die Reichsregierung mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß der Abwehrboykott gegen die deutschfeindliche Heze seine Wirkung im Ausland nicht verfehlt hat. Abgesehen von kleineren Überbleibseln der Greuelheze gegen Deutschland sei die Heze vollkommen abgestellt worden. Die Reichsregierung stehe auf dem Standpunkte, daß es keinen Zweck habe, gegen diese Überbleibsel im Wege des Boykotts weiter vorzugehen, zumal es sich hier um eine Heze handle, die ihren Ursprung bei den Kommunisten habe. Der deutsche Abwehrboykott werde also nicht wieder aufgenommen, da er überflüssig geworden sei. Die Reichsregierung betone jedoch, daß die Abwehrorganisation der Nationalsozialistischen Partei noch aufrechterhalten bleibe, sodas für den Fall eines Wiederauflebens der Heze der Abwehrkampf jederzeit wieder einsetzen könne. — Angeichts der Tatsache, daß jeder Boykott immer ein zweischneidiges Schwert ist, kann die Wirtschaft aber nur wünschen, daß das Übel endgültig beschworen ist.

Die innerpolitische Lage ist im übrigen gegenwärtig in erster Linie noch von der sogenannten Gleichschaltungsfrage beherrscht, die zunächst einmal die öffentliche Verwaltung betraf, sich aber auch auf die Wirtschaftsvertretungen erstreckt. Soll die Reichsregierung sich nicht zu ständigen, immer neuen Auseinandersetzungen mit allen Organen, auf deren Mitarbeit und guten Willen sie doch rechnen können muß, genötigt sehen, soll sie darin nicht ihre Kraft und Zeit vergeuden, statt zum wirklichen Handeln kommen und alle Kräfte zu einheitlichem Einsatz zusammenfassen zu können, so muß sie ja in der Tat darauf sehen, daß sie an allen in Frage kommenden Stellen von vornherein willige Helfer zur Verfügung hat. Soweit es sich dabei um die Gewerkschaften handelt, worüber wir bereits vor vier Wochen einiges berichteten, haben sich nach Meldungen aus dem Nachrichtenbüro des Vereins der Deutschen Zeitungsverleger aus der bisher geführten Diskussion drei Ideengänge ergeben, die nun zur engeren Wahl im Vordergrund stehen. Der erste Plan gehe dahin, die bisher in Deutschland bestehenden Richtungsgewerkschaften zu beseitigen und an ihrer Stelle ein Korporationssystem nach italienischem Muster zu errichten. Der zweite Ideengang wolle die Richtungsgewerkschaften nach erfolgter Gewährung der Gleichberechtigung für die RSBG., die Stahlhelmselbsthilfe und die wirtschaftsfriedlichen Gruppen möglichst unangetastet lassen. Zugleich sähe er jedoch die Bildung eines Kontrollkommissariats für das Gewerkschaftswesen vor, das die Aufgabe hätte, die Entpolitisierung der Gewerkschaften durchzuführen. Das dritte Projekt endlich wolle zwar ebenfalls die Richtungsgewerkschaften bestehen lassen, sie aber unter eine erheblich stärkere staatliche Aufsicht nehmen unter gleichzeitiger Heranziehung der Unternehmerverbände zur Bildung einer zentralen staatlich beaufsichtigten Arbeitsgemeinschaft, von der aus die Aktivität der Gliederungen nicht nur kontrolliert, sondern auch reguliert werden würde. In einem Artikel über die Revolution von rechts im Aprilheft der »Tat«, der sich mit denselben Dingen beschäftigt, geht Behrer anschließend auch auf die Berufs- und Wirtschaftsverbände ein und erklärt, die Neuregelung müsse sich in ähnlicher Weise auch auf sie erstrecken. Er meint, hier habe der Staat heute eine dreifache Aufgabe: Das, was bereits historisch gewachsen vorhanden sei, müsse er sich durch die Gewährung von Selbstverwaltung einordnen. Wo liberalistischer Zerfall vorherrsche, müsse er die erforderlichen Bindungen herstellen. Wo die berufsständischen und wirtschaftlichen Bindungen den Rahmen der landschaftlichen und berufsständischen Selbstverwaltung überstiegen, müsse er sie auflösen und in den Rahmen der Landschaft und des Berufsver-